

Staatssekretär von Bülow

sprach seine Zustimmung zu diesem Verfahren aus, wies aber darauf hin, daß trotz der versprochenen Beschleunigung immerhin einige Zeit vergehen werde, während der ungesegnete Zustand im Niemandsgebiet, der schon zu lange dauere, bestehen bleibe. Die Verhandlungen, die

Seute sprach
trums Reichsarch
führte u. a. aus,
der Liqueur
Kriegs und dar
werden müsse. C
von jeder gelang
eingeträgt, daß
des einen Ban
liches Bild
müßten, daß den
und einen einheit
keit mache. Die
Schuldenregelung
ein Glied der R
daß, solange E
liard den Mar
kann, man Amerik
zeichn Europä
einer Milliarde W
Europa gleic

Allein in den Ja
fingerte Volksein
Stegeranten gege
30 Jahre lang
können. Und d
breitere und we
Welt. Im Mittel
sehungem stehen
Deutschland ist
tischen Verhältn
diese nicht auf ein

Einbr
Zehn Banditen n
25

Seit über zwei
Gebrden eine Ein
verging kaum eine
verübt und große
Stellen ergab sich,
organisierte
Male plünderten
schuppen des Gutes
bei verschiedenen H
die Polizei endlich
mehreren nachfolgt
wurde und nun g
Jonen aus der we
weitere Einbrecher
bei der Verhaftung
Einbruch in die fa
Raubüberfall auf de

Im Laufe des F
Rein und seinen
Am Nachmittag
Koblenz aus
durch das Treiben
zwischen Koblenz und
fahrtschiffe dur
Aus dem Mofel
Mojel dort bis
Die Rheinförster
Treibeis auf dem
reicht hat. Infolg
nimmt die Schollen
Mainwehre zu öffn
durch das vom Mo
räckel werden.

Nachener St

Wie Intendant
mittelst, hat er j
abgeschloßen, nach
vom 1. bis 8. März
mingham, Cambridg
„Maurit“ veranlaßt
gebnis von Wülfen
leiten bei ihrem W
Nachener Stadttheat

Heu
Stadttheater
Flucht
Kammerspiele

Eine L

Der Aktion in die
sicherer Vorfälle in
1000 Millionen De
tholische Briefen.
Lunde ein Kroll
armen Knaben aus
zum Vorfälle aus
diesem edlen Werke
einer Patenität (e
einer Brie (20) -
kleine Gabe. Wie
Wöchliche Woch

Polstern
Kein Geld in

Zu Va
kaufen

die Jugend mit Aufgeschlossenheit und, bei aller
Beweglichkeit für die ihr vorstehenden Ziele,
doch voll echter Menschlichkeit und tiefen Ge
rechtigkeitsinstinctes, voll ersten Strebens nach
innerer Harmonie des Geistes und Charakters
in die Mündigkeit eintritt.

Das Ringen unseres Volkes um sein Recht und seine
Freiheit wird auch die Lebensaufgabe der
heutigen Jugend sein. Sie wird die nationalen
Aufgabe nicht gewachsen sein, wenn sie nicht mit der
Grundidee, die ich eben als notwendig bezeichnet
habe, an das Werk herantritt, eine Grundeinstellung, die
mit der parteipolitischen Bearbeitung und Betätigung
der Jugend, wie die Erfahrung zeigt, jedenfalls unter
den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu vereinbaren ist.
Schon heute werden die übrigen

die künftigen Kräfte des deutschen Volkes vom
Auslande zu einem großen Teil nach dem Bilde
bilden, das unsere Jugend, die kommende
Vertreterin Deutschlands, in der Gegenwart
darbietet.

So erscheint es mir auch vom augenpolitischen
Standpunkt aus dringend empfehlenswert, dem partei
politischen Wesen und Treiben der wahlunmündigen
Jugend, das nach dem heutigen Stand der Dinge nur
ein zwieträchtiges, sich in inneren Kämpfen verzehrendes
Deutschland der Zukunft ermartet, ein Ende zu
machen.

Ich bitte Sie ergebenst, mir Ihre grundsätzliche Stel
lungnahme zu meinem Appell mitzuteilen. Nach Ein
gang der von mir erbetenen Antworten der Partei
führer werde ich mir erlauben, erneut an Sie und die
übrigen Herren heranzutreten. Für eine Beschleunigung
Ihrer Antwort wäre ich besonders dankbar.

die Führer der politischen Parteien zu
richten, sie möchten angeht, auf dem Spiel stehen
den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erwa
gen, ob nicht ganz allgemein die parteipolitische
Bearbeitung und Betätigung der Jugend, die das Wahl
alter noch nicht erreicht hat, eingestellt werden
könnte.

Ich möchte hiermit meine Absicht verwirklichen und
an Sie mit diesem Appell herantreten, den ich gleich
zeitig den anderen Parteiführern zuleite. Es ist mir
klar, daß angeht, der gesamten Verhältnisse der von
mir angeregte Verzicht der Parteien auf die partei
politische Bearbeitung und Betätigung der Jugend, die
das Wahlalter noch nicht erreicht hat, eingestellt
werden könnte.

Ich möchte hiermit meine Absicht verwirklichen und
an Sie mit diesem Appell herantreten, den ich gleich
zeitig den anderen Parteiführern zuleite. Es ist mir
klar, daß angeht, der gesamten Verhältnisse der von
mir angeregte Verzicht der Parteien auf die partei
politische Bearbeitung und Betätigung der Jugend, die
das Wahlalter noch nicht erreicht hat, eingestellt
werden könnte.

Die innerpolitische Spannung in Frankreich.

Risiko für die Regierung nicht ausgeschlossen.

— Paris, 14. Februar.

Die Presse nimmt an, daß die Senatsdebatte
am Dienstag über die Interpellation des radikalen Se
nators Peyronnet zur allgemeinen Politik von be
sonderer Bedeutung sein wird. Bei dieser
Gelegenheit dürfte die Regierung die Aussprache über
die innerpolitischen Ereignisse annehmen, während die
Augenpolitik wahrscheinlich nicht in die Debatte
gezogen werden wird.

Viele Blätter erinnern daran, daß sich der Senat seit
Monaten in seiner Mehrheit auf innerpolitischen Gebiet
nicht mit der Kammer in Uebereinstimmung befin
det. Die Hauptursachen der Unzufrieden
heit betreffen die Fragen der Wahlreform und das
Fehlen einer klaren Initiative gegenüber der inter
nationalen Wirtschaftslage und der Finanz
lage. Es könnte sein, daß sich eine außenpolitische
Debatte gegen den Wunsch der Kreise, die der Regierung
nahestehen, nicht verhindern ließe. Ein Mitarbeiter des
„Echo de Paris“, der stets gut unterrichtet ist, hebt

hervor, daß ein Risiko für die Regierung nicht
ausgeschlossen sei. Schätzungsweise, so sagt er,
dürfte das Kabinett im Senat mit etwa 24 Stim
men in die Minderheit versetzt werden können.

Journal des Débats“ liefert heute den Beweis dar
für, wie ernst man in gewissen Kreisen die Lage be
trachtet, die durch die Annahme der Wahlreform und be
sonderen Bedeutung worden ist. Das Blatt beschäftigt sich
mit einer eingehenden Stellungnahme des Senats zur
Wahlreform und der Möglichkeit, daß die Regierung
in der Minderheit bleiben könnte. Wie das
Blatt zu berichten weiß, hat man allerdings in den
Wahlkreisen der Kammer nachdrücklich am heutigen
Vormittag die Gerüchte dementiert, daß der Präsident
der Republik im Falle einer Regierungskrise beschä
digen soll, ein Ministerium aus Senatoren zu
bilden mit der Aufgabe, das Budget und die
Kammerwahlen vorzubereiten. Wie ernst
haft diese Gerüchte jedoch waren, geht daraus her
vor, daß man sogar erklärt hat, ein solches Ministerium
würde möglicherweise zur Auflösung der Kammer
führen. Eine große Anzahl von Abgeordneten, so
schreibt das Blatt weiter, ist der Ueberzeugung, daß der
Senat, wenn er sich gegen die Regierung stellt, damit
allein in die Kammer treffen will. Nichtsdesto
weniger sind auch diese Abgeordneten der Ansicht, der
Senat dürfe nicht vor den Wahlen einer Regierung, die
sich ständig auf eine starke Mehrheit stützt, seine neuen
Schwierigkeiten bereiten.

Erneuter Angriff auf die Wufung-Forts abgeschlagen.

Schwere Verluste der Japaner.

() Schanghai, 14. Februar.

Die Japaner unternahmen am Sonnabend bei schwe
rem Schneesturm einen neuen Angriff auf die Wufung
Forts, der sich bis in die Morgenstunden ausdehnte.
Soweit sich aus den am Sonntag vorliegenden Berichten
schließen läßt, ist der Angriff vollkommen fehlge
schlagen. Nach chinesischen Berichten haben die Japa
ner mindestens 2000 Mann an Toten und Ge
fangenen verloren.

Der Angriff begann mit einem großen Bombar
dement der japanischen Schiffsgeschütze. Darauf wur
den mehrere Infanteriekompanien vor
geschickt, die den Wufung-Kanal mit Pontons
überschreiten sollten, an dessen anderer Seite die
chinesischen Stellungen sich befinden. Die Chinesen
empingen die überlegenden Japaner mit einem
zahlenden Maschinengewehrfeuer. Erst in
den späten Abendstunden gelang es etwa 1000 japanischen
Soldaten, wie auch das chinesische Hauptquartier zugibt,
den Kanal zu überqueren. In dem darauffolgenden
Kampfe zeigten sich jedoch die Chinesen er
neut überlegen. Der letzte Vorstoß der Japaner
erfolgte in den frühen Morgenstunden des Sonntags mit
etwa 1500 Infanteristen. Auch dieser Vorstoß wurde
von den Chinesen unter schweren Verlusten
der Japaner zurückgeschlagen.

Die militärischen Operationen der japanischen Armee
sind, soweit sich erkennen läßt, darauf angelegt, die Chi
nesen aus dem Gebiet von Kiantao, wo das chinesische

Arsenal liegt und ein Teil der Militärbehörden ihren
Sitz hat, zu vertreiben. Gleichzeitig wollen sich die Japa
ner vor den vorliegenden Wufung-Forts und des umliegenden
Raumes bemächtigen, um von dieser breiten Basis aus
den Angriff gegen die Chinesen anzufassen, wobei die in
den japanischen Teil der internationalen Niederlassung
gelandeten Truppenteile bei der Eroberung Tschapais
mitwirken sollen.

Starke japanische Streitkräfte landen in Schanghai.

() Schanghai, 14. Februar.

Die Japaner landeten heute starke Streitkräfte mit
Tanks, Artillerie, leichten und schweren Geschützen und
Kavallerie und ließen sie in die internatio
nale Niederlassung marschieren. Aus maß
gebenden japanischen Mitteilungen geht hervor, daß von
den Transportschiffen, die gestern Abend eingetroffen sind,
12000 Mann gelandet wurden. Die Truppen zogen durch
Jangtschu nach dem japanischen Teil der Niederlassung
unter Hochrufen der an beiden Seiten der Straße auf
gestellten japanischen Einwohner. Von amtlicher japa
nischer Seite verlautet, daß augenblicklich keine japa
nischen Truppen jenseits der Wufung-Bucht
seien, wo die Chinesen weiterhin die Stellungen
halten. Es wird erklärt, daß nur eine japanische Er
kundungsgabellung über die Bucht entsandt worden sei,
was aber nicht mit den Berichten über die stattgefundenen
Kämpfe und die erlittenen Verluste überein zu stimmen
scheint. Die Japaner geben ihre Verluste im Laufe der
in der letzten Nacht stattgefundenen Kämpfe mit 37 Mann
an. Es wird gemeldet, daß neue japanische Transporte
sukzessiv eintreffen und morgen weitere 10000 Mann
landen werden.

Kohlenstaubexplosion in einer ostoberschlesischen Grube.

— Reutchen, 13. Februar.

Heute Abend hörte man hier wieder Sirenen
geheul, das auf ein Grubenunglück deutete.
Das Heulen der Sirenen kam aus Ostoberschlesien und
dauerte etwa eine halbe Stunde. Ueber die Ursache er
fahren wir, daß heute Abend gegen 10 Uhr in Orzegow
(Kreis Schwientowschitz) auf dem Hochtammer-Schacht,
der der Gohard-Grube gehört, eine Kohlenstaub
explosion erfolgte, die einen Brand zur Folge
hatte. Das Feuer griff sehr schnell um sich, doch konnte
die ganze Belegschaft gerettet werden. Das
Feuer konnte bis Mitternacht trotz größter Anstrengungen
nicht eingedämmt werden, im Gegenteil, der Brandherd
vergrößerte sich. Die Flammen schlugen zur Stunde
noch aus dem Schacht heraus und haben bereits das
Schachtgerüst erfaßt, so daß man mit einer völ
ligen Vernichtung der Schachtanlage rechnet. Als
ein besonderer Glücksstand muß es angesehen werden,
daß für die Belegschaft eine Rettungsart eingeleitet

war, so daß eine unübersehbare Katastrophe vermieden
wurde. — Die Grube gehört zum Konzern der Gräflich
Schaffgotschen Werke in Hohenerschlesien.

Kattowitz, 14. Febr. Auf dem Westfeld II der
Giesche-Werke gehörten die Grube in Janom
ist in der Nacht zum Sonntag gegen 130 Uhr durch
eine Gasexplosion ein Kohlenfall eingetreten.
Ein Mann wurde getötet, einer schwer und sieben leicht
verletzt.

Schwere Zelluloidexplosion.

(-) Altona, 13. Februar.

Eine schwere Explosion aus bisher noch nicht geklärt
Ursache ereignete sich heute nachmittags in einem Haus
in der Hamburger Straße, in dem sich ein Ladengeschäft
für Kunstgegenstände aus Zelluloidmassen befindet. Einer
dieser Zelluloidgegenstände dürfte in Brand geraten
sein und die Flammen müßten logisch auf den ganzen
Lagerbestand übergegriffen haben. Die Schaufenster
scheibe wurde auf die gegenüberliegende Straßenseite
geschleudert. Der Besitzer und ein Angestellter des
Ladens erlitten erhebliche Verletzungen. Wäh
rend der Arbeit der Feuerwehr brach die durch die
Explosion erschütterte Kellerdecke ein, so daß zwei
Feuerwehrleute verunglückten wurden. Beide
wurden geborgen, doch ist einer von ihnen schwer verletzt.

Die Zurückweisung der wiederholten, schließlich auch auf das Publikum belästigend wirkenden Einwände des litauischen Außenministers

wurde schließlich zum Zeichen dessen, daß es sich um eine
politisch und rechtlich ganz umstrittene Angele
genheit handele, vom Generalsekretär des Völkerbundes
in entscheidender Weise vorgenommen. Sir Eric Drum
mond erklärte kategorisch, es handele sich um ein regu
läres Verfahren, dessen Rechtmäßigkeit in analogen
Fällen noch nie angezweifelt worden sei.

Der norwegische Gesandte wird nunmehr die Juristen
der italienischen, englischen und französischen Abordnung
zuziehen, um mit ihnen den Bericht an den Rat auszu
arbeiten. Nach der Feststellung des Ratspräsidenten
wird der Bericht schließlich auf die von der
Reichsregierung gestellten Fragen be
schränkt, ob das Vorgehen der litauischen Regie
rung einen Rechtsbruch der Völkerbundeskonvention dar
stellt oder nicht. Jauntius war sich zweifellos darüber
im klaren, daß die Einziehung internationaler
Juristen zu dieser Frage für ihn äußerst ungün
stig sei, — daher auch sein fortgesetztes völlig unhalt
bares Protestieren gegen den Vorschlag Paul-Boncour.
Die Ratsführung hat in allen internationalen Kreisen
den Eindruck hinterlassen, daß die litauische Regierung
sich offensichtlich ins Unrecht gesetzt hat und
daß ein schwerer Rechtsbruch seitens der litau
ischen Regierung vorliegt, den der Völkerbundstat jetzt
feststellen mußte.

führe, könnten nur zur Bildung eines vorläufigen
Direktoriums führen, da die Frage der Rechtmäßigkeit
der Ablegung des bisherigen Direktoriums nicht geklärt
sei. Da ein von der litauischen Regierung
gebildetes Direktorium nach Lage der Dinge im mem
ländischen Landtag eine Mehrheit nicht erhalten könne,
sei es angelegt, daß der Völkerbundsrat seine Zustim
mung zur Bildung des provisorischen Direktoriums aus
der Mehrheit des Landtages aussprache.

Nach wiederholten Erklärungen des litauischen Ver
treeters, der sich gleichfalls für den Vorschlag aussprach,
diese Zustimmung aber nachträglich wieder verflau
julierte und

dem Räte nicht das Recht zugekehrt wolle,
zu sagen, wer Recht und wer Unrecht habe,

sondern nur eine Vermittler- oder Schlichterrolle, griff
der Präsident Paul-Boncour ein mit der Fest
stellung, daß sich die Aktion des Rates auf Artikel 17 der
Völkerbundeskonvention stütze und der Ratspräsident,
die ihm als Organ zur Überwachung internationaler Ab
kommen zugehöre. Der deutsche Vertreter habe mit
Recht die Frage einer Zwischenlösung angeregt
und habe nur mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte
starke Beschleunigung der Berichterstattung und die
baldige Unterbrechung einer neuen Ratsführung nicht
darauf bestanden. Paul-Boncour legte den Vertreter
Litauens auf seine Erklärungen fest, daß die Lage im
Memelgebiet normal sei, und sprach die Hoffnung aus,
daß sie dies auch bleiben werde, denn jedes Rechtsverfahren
setze voraus, daß die Parteien nichts unternehmen, um
die Lage von sich aus zu beeinflussen. Dieses Vor
gehen des Rates sei ein Mindestmaß an Befugnissen,
das er sich nicht nehmen lasse.

Die erste Etappe der Reparationsverhandlungen.

Ein deutungsfähiges Wort.

— Berlin, 13. Dezember.

In Berliner politischen Kreisen wird festgestellt, daß
mit der Einigung über den Zeitpunkt der Reparations
konferenz, die mit dem Kommuniqué bekanntgegeben
wurde, eine Periode von Auseinandersetzungen ihren
Abschluß gefunden hat, die nun schon seit längerer
Zeit hinter den Kulissen hin und her gingen und
nicht immer erfreulich waren. Wenn es schon
so schwer ist, sich über das Konferenzdatum zu
einigen, so zeigt das, wie schwierig die Probleme
selbst sind, über die in Lausanne verhandelt werden soll.
Immerhin ist es der Reichsregierung nun doch möglich
gewesen, dem Kommuniqué zuzustimmen, denn

es ist vermieden worden, daß es Wendungen
enthält, die der späteren Regelung selbst vor
greifen.

Dabei handelt es sich vor allem um zwei Punkte, um
die der Kampf geht, nämlich einmal darum, daß in dem
Kommuniqué keine Anspielung auf eine Verlänge
rung des Hoovermoratoriums enthalten ist,
gegen die Deutschland schon deshalb sein muß, weil es
in diesem Augenblick nicht ein neues Zahlungs
versprechen geben kann. Zum anderen ist in
der jetzigen Fassung auch

nichts enthalten, was als eine Bestätigung für
ein Weiterbestehen des Youngplans ausgedeutet
werden kann.

Es wird vielmehr nur darauf verwiesen, daß auf der
Konferenz die Fragen behandelt werden sollen, die vom
Balester Sachverständigenausschuß aufgeworfen worden
sind. Es ist wesentlich, daß auch die anderen Mächte
bereits wissen, von welchem Standpunkt aus
Deutschland in die Konferenz hineingeht. Er ist durch
das bekannte Kanzlerinterview deutlich vor
aller Welt herausgestellt worden. Daß die anderen
Mächte hierüber im Bilde sind, kann der Entwicklung
nur förderlich sein. Trotzdem ist natürlich das Be
denken nicht zu unterdrücken, daß eine so kurze Zeit vor
dem 1. Juli vielleicht nicht ausreichen wird, um
bis zu diesem Datum, also dem Ablauf des Hoover
jahres eine Einigung über die spätere Zeit zu er
zielen.

Deutschland kann aber darauf hinweisen, daß die
Verzögerung nicht von ihm ausgeht,

sondern daß es alles getan hat, um im Einklang mit
dem Gutachten des Beratenden Sonderausschusses und
den Forderungen der anderen Mächte so schnell wie möglich
zur Konferenz zu kommen.

Der Text des Kommuniqués, wie er jetzt vorliegt, ist
ein Kompromiß zwischen der französischen Auf
fassung, welche bisher nur eine provisorische Re

parationsregelung für die Dauer der Depressionsperiode
bewilligen wolle, und der englischen, welche eine
endgültige Neuregelung der Frage anstrebt. Dieses
Kompromiß gibt in den Worten, daß die kommende
Konferenz eine „dauerhafte Regelung“ herbeiführen
werden werde. Mit dem Ausdruck „dauerhaft“, im
französischen Text „durable“, haben sich die französische
Regierung, die von provisorisch (provisoire) ausging,
und die englische Regierung, welche „endgültig“ (defini
tisch) anstrebt, auf halbem Wege getroffen. Man hat
immerhin einige Wochen gebraucht, um auf dieses tof
bare „durable“, „durable“, zu kommen, das der Interpretation jedoch
breiteren Spielraum läßt als das unerrückbare „end
gültig“. Auf die Beibehaltung dieser Interpretations
freiheit hat man selbstverständlich auf französischer Seite
den größten Wert gelegt. Diese philologische Methode
zur Ueberbrückung politischer Meinungsverschiedenheiten
ist der beste Beweis, daß es noch einer solchen bedarf, daß

die bisherigen Verhandlungen alle grundsätzliche
Verschiedenheit der Standpunkte nicht haben
vermindern können

und daß sowohl die französische als auch die englische Re
gierung volle Bewegungsfreiheit bei der wei
teren Behandlung des Gegenstandes beibehalten will.

Das Vorspiel zu einer allgemeinen
Entspannung?

— Paris 14. Februar.

Die Unterredung, die Laual gestern Abend mit Sir
John Simon hatte, dauerte 20 Minuten. Dieser kurze
Weinungsaustausch, heißt es in einem von Laual ver
breiteten Kommuniqué, dessen Ursprung zweifelsohne
am Quai d'Orsay zu suchen ist, ist eher als ein Hoff
nungszeichen zu betrachten. Die beiden Minister
sich einander in gegenseitiger Zustimmung zu dem
Gegensatz der französisch-englischen Verhandlungen. Beim
Verlassen des Quai d'Orsay erklärte Sir John Si
mon, die französisch-englischen Verhandlungen sei
ein wichtiges Ereignis, das das Vorpiel zu einer
allgemeinen Entspannung in Europa sein könne. Zur
Abklärung der Unterredung bemerkte Sir John Simon,
man habe den Beginn der Verhandlungen erleichtert zu
skeptisch aufgenommen. Er einerseits habe die
Ueberzeugung, daß die Verhandlungen politisch und
für die Sache des Friedens notwendige Geset
nisse bringen würden. Der englische Staats
sekretär hat heute vormittag um 10 Uhr die Rüd
reise nach London angetreten. In dem von Laual
verbreiteten Kommuniqué wird im übrigen noch einmal
festgestellt, daß man das Abkommen an zukünftiger fran
zösischer Stelle nur als eine Formel ansehe,
deren Bedeutung allerdings nicht zu unterschätzen
sei. Wenn Frankreich und England sich zur Kon
ferenz von Lausanne im Monat Juni über eine gemein
same Haltung verständigen könnten, so würde
das die Lösung des Reparationsproblems sowie die
Ueberwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sicher
lich bedeutend erleichtern.

Fernhaltung der Parteipolitik von der wahlunmündigen Jugend.

Der Innenminister wendet sich an die Parteiführer.

— Berlin, 13. Februar.

Der Reichsminister des Innern Dr. F. C. Groener
hat am 8. Februar 1932 an die Vorsitzenden aller im
Reichstag vertretenen Parteien folgendes Schreiben
gerichtet:

Die Herabsetzung des Wahlalters durch
die Weimarer Verfassung und die Verhältnisse der
Nachkriegszeit haben eine immer stärkere Einbeziehung
der Jugend in die parteipolitische Bearbeitung und Be
tätigung zur Folge gehabt. Deshalb hat auch die Ver
größerung und immer schärfere Zuspitzung
des politischen Tageskampfes, dessen schlimmste Aus
wüchse die politischen Gewalttaten sind, die Jugend
miterfaßt. Mit Recht hat man diese Gewalttaten
gegen Andersdenkende als

eine Kulturkatastrophe für Deutschland

bezeichnet, in dessen Gefolge eine in dem blutigen
Kingen des dreißigjährigen Krieges neuer
erkaufte Duldungsmittel hindurch ein
besonderer Ruhmestitel war. Die Ausleitung dieser
Kulturkatastrophe erscheint mir allgemeiner als ein ding
liches Gebot unserer nationalen Würde,
aber auch als eine unerlässliche Bedin
gung jedes inneren und äußeren Auf
stiegs unseres Volkes.

Gewiß besteht aus Uebereinstimmung aller verant
wortungsbewußt Denkenden darüber, daß

der Geist hemmungslos flasse und tiefster
Nichtachtung der Lebenswürde des Mitbürgers,
wie er sich in jenen Gewalttaten ausdrückt,
von der Jugend ferngehalten werden muß.

Weiter entwickeln sich in Wirklichkeit die Dinge in
anderer Richtung. Die parteipolitische Gegenstän
keit hat sich bei der Jugend immer mehr als faszin
denden jugendfremden Haggeltes und
schwerer Unrat erwiesen. Sogar die Ermordung
jugendlicher durch jugendliche nur wegen partei
politischer Gegenstände ist zu verzeichnen. Eine solche
Tat hat erst in der letzten Zeit allgemeines Ent
setzen hervorgerufen und die ernste Aufmerksamkeit
auf den bedauerlichen Lauf der Dinge gelenkt. Er
schreckender konnte der Entartungsprozeß, der einen
Teil unserer Jugend erfaßt hat, der deutschen Allge
meinheit nicht vor Augen geführt werden. Dies muß
allen zu denken geben, die für die Zukunft des deutschen
Volkes insofern ihrer Stellung im öffentlichen Leben
mitverantwortlich sind.

Soweit die Politisierung der Schuljugend in Be
tracht kommt, habe ich dieser Tage mit den Herren
Kultusministern der deutschen Länder beraten,

welche Maßnahmen geeignet erscheinen, die
Parteipolitik von der Schule fernzuhalten.

Ich habe bei dieser Aussprache meinen schon früher
ermöglichten und durch die neuerliche Verklärung der
Lage gereizten Entschluß bekräftigt, einen Appell an

Eine Rede Stegerwalds auf dem Kreistag der Zentrumspartei in Warburg.

× Warburg, 14. Februar.

Heute sprach hier auf dem Kreistag der Zentrumspartei Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Er führte u. a. aus, daß im Jahre 1932 nachdrücklich an der Liquidierung der Reste des Weltkriegs und damit an einer Weltwende gearbeitet werden müsse. Es habe sich nunmehr, was Deutschland von jeher gesagt habe, in das internationale Bewußtsein eingeprägt, daß große politische Leistungen nur durch einen Kampf an das andere ein wirtschaftliches Weltbild zu schaffen sei, das die Folgen haben müßte, daß den normalen gegenseitigen Güterausgleich und einen einheitlichen Weltmarkt zur Unmöglichkeit mache. Die Reparationsfrage, neue internationale Schuldenregelung und Abwicklung gingen zusammen wie ein Glied der Kette mit dem anderen. Amerika lag, daß, solange Europa reich sei, daß es acht Milliarden Mark für Rückstellungen aufbringen kann, man Amerika es nicht zumuten könne, daß es diesem reichen Europa einen Schuldenlasten von einer Milliarde Mark jährlich gewähren solle.

Europa gleiche gegenwärtig tatsächlich einem Strenghaus.

Allein in den Jahren 1930/32 wird Europa durch vergrößerte Volkseinkommen mehr verarmen, als die Siegerstaaten gegenüber Deutschland aus dem Youngplan 30 Jahre lang an Forderungen geltend machen können. Und dieser Verarmungsprozess vergrößert und vertieft sich ständig in Europa und in der Welt. Im Mittelpunkt der europäischen Auseinandersetzungen stehen Deutschland und Frankreich. Deutschland ist stets zu einer wirtschaftlichen und politischen Verständigung mit Frankreich bereit, wenn diese nicht auf eine dauernde Unterdrückung

Deutschlands hinausläuft, sondern auf dem Boden beiderseitiger Gleichberechtigung basiert.

Im Innern stärke man das deutsche Volk, wenn sich ihm von Hindenburg wieder zur Verfügung stellt, und wenn es ihn mit großer Mehrheit wieder zum Reichspräsidenten wählt.

Vor sieben Jahren hätte man über die Möglichkeit der Hindenburg-Reichspräsidentenwahl streiten können, internationale Widerwahl eine Frage des Lebens und eine Frage der politischen Kultur des deutschen Volkes. Daneben stellt uns das Jahr 1932 im Zusammenhang mit der verordneten Weltlage auch im Innern vor ungeheure wirtschaftliche und finanzielle Aufgaben.

Wenn vor äußeren und inneren politischen Experimenten und damit vor einem neuen großen Leidensweg das deutsche Volk gestärkt wäre, dann müßte umgeben der Nationalsozialisten die Staatsmacht überantwortet werden und damit dem deutschen Volk gezeigt werden, daß Schrecken und Politik nicht ein und dasselbe ist. Aber dafür sei das Leihgeld zu groß. Ein bedeutender Mann habe einmal gesagt: Als ich 20 Jahre alt war, war ich stets geistvoller als mein Vater, als ich 30 Jahre alt war, fragte ich mich, wie mein Vater um Rat, als ich 40 alt war, machte ich nichts mehr gegen ernste Bedenken meines Vaters, und als ich 50 Jahre alt war, waren mein Vater und ich in allen größeren Fragen einer Meinung. Das könnten sich auch die Nationalsozialisten zur Notz nehmen. Es müßte nach wie vor die Gemeinde der politischen Vernunft zu größerer Aktivität aufgerufen, das Selbstvertrauen des deutschen Volkes gestärkt und an seiner nationalen Geschlossenheit nachdrücklich gearbeitet werden.

Personen beim Glücksspiel betroffen. Das Spielgeld, sowie die Karten wurden beschlagnahmt und die Beteiligten zur Anzeige gebracht. In alle Wohngebiete der Stadt wurden Patrouillen geschickt, um die Verhütung der Glücksspiele anzusehen, zu dulden, denn die Duldung der Kartenspiele oder das zur Verfügungstellen von Spielgeräten ist ebenfalls strafbar.

Ein Verkehrsunfall. Ein Verkehrsunfall, der schwere Folgen für die Autofahrer hätte haben können, ereignete sich Freitag nachmittag an der Eisenbahnüberführung Unnaer Straße. Der Mehrgewerke Funt aus Dortmund kam mit seinem Lieferwagen aus der Stadt und wollte den Bahndamm überqueren, als gerade die Schranken niedergelassen wurden. Im nächsten Augenblick schlug der Wagen auf schon in die Schanze. Der Fahrer wurde durch das Aufprallen verletzt, wobei die Schranke zertrümmerte, die Windschutzscheibe zertrümmerte und in das Wageninnere drang, wo sie den am Steuer stehenden Mehrgewerke verletzte. Zu gleicher Zeit war auch schon ein Zug aus Richtung Kurl herangekommen, der zum Stehen ge-

bracht werden mußte, jedoch ein größeres Unglück vermieden wurde. Nachdem der Wagen aus seiner unglücklichen Lage auf den Schienen befreit worden war, wurde er sichergestellt, während der Fahrer zur Wache gebracht wurde, da er das Unglück selbst verschuldet haben soll.

Ein Verkehrsunfall. Ein Verkehrsunfall, der schwere Folgen für die Autofahrer hätte haben können, ereignete sich Freitag nachmittag an der Eisenbahnüberführung Unnaer Straße. Der Mehrgewerke Funt aus Dortmund kam mit seinem Lieferwagen aus der Stadt und wollte den Bahndamm überqueren, als gerade die Schranken niedergelassen wurden. Im nächsten Augenblick schlug der Wagen auf schon in die Schanze. Der Fahrer wurde durch das Aufprallen verletzt, wobei die Schranke zertrümmerte, die Windschutzscheibe zertrümmerte und in das Wageninnere drang, wo sie den am Steuer stehenden Mehrgewerke verletzte. Zu gleicher Zeit war auch schon ein Zug aus Richtung Kurl herangekommen, der zum Stehen ge-

bracht werden mußte, jedoch ein größeres Unglück vermieden wurde. Nachdem der Wagen aus seiner unglücklichen Lage auf den Schienen befreit worden war, wurde er sichergestellt, während der Fahrer zur Wache gebracht wurde, da er das Unglück selbst verschuldet haben soll.

Bürgermeister Dr. Pint vor dem Strafrichter.

× Baderborn, 13. Februar.

Im Pint-Prozess verhandelte man weiter über die angeblichen Verfehlungen bei der Kanalreinigung. Die Angeklagten, die in den Jahren 1927 bis 1930 von der Westdeutschen Bau- und Kanalreinigungsgesellschaft Duisburg ausgeführt wurden. Die zu behandelnden Kanäle wurden geladen Sachverständigen sprachen sich eingehend über die Kanalreinigung aus. Baderborn Rat Liggas, Vizepräsident der Kanalreinigungsgesellschaft, erklärte, daß die Kanalreinigungsgesellschaft keine Verantwortung für die angeblichen Verfehlungen übernehmen könne. Die Angeklagten, die in den Jahren 1927 bis 1930 von der Westdeutschen Bau- und Kanalreinigungsgesellschaft Duisburg ausgeführt wurden. Die zu behandelnden Kanäle wurden geladen Sachverständigen sprachen sich eingehend über die Kanalreinigung aus. Baderborn Rat Liggas, Vizepräsident der Kanalreinigungsgesellschaft, erklärte, daß die Kanalreinigungsgesellschaft keine Verantwortung für die angeblichen Verfehlungen übernehmen könne.

Belastungszeuge wiederholt Gegenstand heftiger Angriffe des Angeklagten und seiner Verteidigung. Rechtsanwalt Bader rief ihm u. a. zu: „Wenn Sie von den Unterstellungen ablassen, haben Sie sich der Beihilfe zum Betrugschuldig gemacht.“ Interzesse fand noch die Aussage des Zeugen Kniebe, der im Jahre 1929 einige Tausende Mark für die Kanalreinigung erhalten und auf seine Weigerung, die Kanalreinigung auszuführen, mit dem Bürgermeister Dr. Pint einen Vertrag geschlossen habe. Der Vertrag sei, so behauptete er, ein Scheinvertrag gewesen. Eine weitere Zeugin, die einige Zeit als Buchhalterin bei Kniebe beschäftigt war, erklärte sich zu den umstrittenen 4000 Mark und betonte, diese seien als Lohngehalt nach Pippingsprache gegeben worden. Hierfür läßt der Staatsanwalt von sich aus die weitere Verfolgung dieses Angelegenheitspunktes fallen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde dann der Zeuge Kniebe vernommen, der im Verlaufe der Verhandlung fest und daher unerschütterlich blieb. Er äußerte sich zu dem mit der Stadt Pippingsprache geschlossenen Vertrag und gab die Erklärung ab, daß sowohl Dr. Pint als auch Kniebe in jeder Weise korrekt gehandelt haben. Zum Schluß der Sitzung wurde Kniebe befragt, ob er sich zu dem mit der Stadt Pippingsprache geschlossenen Vertrag und gab die Erklärung ab, daß sowohl Dr. Pint als auch Kniebe in jeder Weise korrekt gehandelt haben. Zum Schluß der Sitzung wurde Kniebe befragt, ob er sich zu dem mit der Stadt Pippingsprache geschlossenen Vertrag und gab die Erklärung ab, daß sowohl Dr. Pint als auch Kniebe in jeder Weise korrekt gehandelt haben.

Aus Westdeutschland.

Einbrecherbande ausgehoben.

Zehn Banditen machten einen ganzen Kreis unsicher. 25 Einbrüche aufgeföhrt.

× Bielefeld, 14. Februar.

Seit über zwei Monaten trieb in der Gegend von Gehrden eine Einbrecherbande ihr Unwesen. Es verging kaum eine Nacht, in der nicht schwere Einbrüche verübt und große Beutezüge gemacht wurden. An allen Stellen ergab sich, daß als Täter nur eine bestens organisierte Bande in Frage kam. Mehrere Male plünderten die Einbrecher auch die Getreideschuppen des Gutes Neumert und schleppten dann die Beute bei verschiedenen Händlern um. Auf solche Weise konnte die Polizei endlich eine Spur der Bande finden, die bei mehreren nachfolgenden Einbrüchen weiter verfolgt wurde und nun zur Festnahme von sechs Personen aus der Gehrden Umgebung führte; vier weitere Einbrecher sind inzwischen geföhrt. Die bei der Verhaftung beschlagnahmten Pläne sahen einen Einbruch in die katholische Kirche Gehrden und einen Raubüberfall auf das Hotel Felsenkeller vor.

Verhaftung des Treibeis auf dem Rhein.

× Koblenz, 13. Februar.

Am Laufe des Freitags hat sich das Treibeis auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen weiter vergrößert. Am Nachmittag mußte die Schiffsbeförderung auf dem Rhein ausgesetzt werden, damit sie nicht durch das Treibeis in Gefahr kommt. Der Verkehr zwischen Koblenz und Ehrenbreitstein wird durch Ueberfahrtschiffe durchgeföhrt. Aus dem Moseldorf Kay wird gemeldet, daß die Mosel dort bis auf eine ganz kleine Stelle vereist ist. Die Rheinrombauverwaltung teilt mit, daß das Treibeis auf dem Rhein den Niederreithen erreicht hat. Infolge des starken Frostes am Oberrhein nimmt die Schiffsbeförderung ab. Da es gelungen ist, die Mainwehre zu öffnen, wird das Treibeis des Rheins durch das vom Main abtreibende Staudes noch vergrößert werden.

Wagener Stadttheater nach England eingeladen.

Wagen, 13. Februar.

Wie Intendant Strohmann telegraphisch aus England mitteilt, hat er jedoch längere Verhandlungen endgültig abgeschlossen, nach denen die Wagener Bühne in der Zeit vom 1. bis 8. März zur Goethefeier in London in Birmingham, Cambridge und Oxford Aufführungen des „Faust“ veranstaltet. Diese Gastspiele sind das Ergebnis von Wünschen, die führende englische Persönlichkeiten bei ihrem Aufenthalt in Berlin vortrugen. Das Wagener Stadttheater, das schon wiederholt vor aus-

ländischem Publikum und internationaler Presse besonders hervorgehoben, hat mit diesen Gastspielen in England eine außergewöhnliche Mission für die deutsche Kunst und Deutschland zu erfüllen. Zudem handelt es sich hierbei um eine Werbung für Wagen und Bad Wagen, wie sie in ähnlicher Bedeutung bisher wohl noch nicht möglich sein dürfte.

Die Verteidiger-Bladners gehen weiter.

× Frankfurt a. M., 13. Februar.

In der gestrigen Verhandlung des Fagag-Prozesses hielten die Rechtsanwälte Dr. May und Dr. Eise ihre Bladners für die Angeklagten Kniebe und Schumacher. Sie legten dar, daß die Verhandlungen, die den beiden Fagag-Direktoren vorgeworfen werden, mit dem Zusammenbruch der Gesellschaft nichts zu tun gehabt hätten. Die Sondervergütungen, soweit es sich um „echte“ Sondervergütungen gehandelt habe, seien nach den allgemeinen rechtlichen Voraussetzungen nicht zu beanstanden. Die Verhandlungen von Schumacher und Kniebe könne nicht als gewissenloses Geschäftsmachen und als von reiner Raffgier eingegeben bezeichnet werden. Bei Beurteilung des Strafmaßes müßten vor allem die bestehenden Milderungsgründe in Betracht gezogen werden. Die Verteidigung stellte schließlich für beide Angeklagte Antrag auf Freisprechung. Die Verhandlung wird am Montag fortgeführt.

Geheimnisvoller Todesfall.

× Frankfurt a. M., 13. Februar.

Am Freitagabend wurde in der Manjards eines Hauses auf der Zeil der 50jährige Knecht wärter Georg Breitzweiler tot aufgefunden. Die Leiche war vollkommen unbefleckt und von oben betrachtet mit Rot bemalt. Die Wundtommilchfellei fest, daß Mord oder Unglücksfall als Todesursache in Frage komme.

Ein Feuer i. W., 13. Febr. Wägenwagen von einer Lokomotive zertrümmert. Ein einpänniges Wägenfahrzeug wurde auf dem Bahndamm in der Nordstraße von einer Lokomotive erfasst und vollkommen zerstört. Der Führer des Wagens konnte durch schnelles Abpringen sein Leben retten.

Redinghaufen, 14. Febr. Das freut die Hausbesitzer denn ja auch. Der Magistrat der Stadt Redinghausen beschloß eine Ermäßigung der Kanalbenutzungsgebühren, Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren für 1932 vorzunehmen. Es sollen im neuen Etatsjahr zur Erhebung kommen: In Kanalbenutzungsgebühren 150 Proz. der Grundbeträge, statt 100 Proz., an Straßenreinigungsgebühren 85 Proz. der Grundbeträge, statt bisher 110 Proz.; an Müllabfuhr 0,72 Prozent des Gebäudenutzungswertes, statt bisher 0,80 Prozent.

II. Febr. 14. Febr. Beim Glücksspiel überfallen. In den letzten Tagen wurden von der hiesigen Kriminalpolizei in verschiedenen Fällen in Wietzenhagen und in öffentlichen Wirtschaften eine Anzahl

Auch zu Ostern verlängerte Sonntagsfahrkarten.

Da sich die neue Einrichtung der Reichsbahn, die Sonntagsrückfahrkarten für einen längeren Zeitraum auszuweiten, beim letzten Weihnachtsfest durchaus bewährt hat, ist dem Vernehmen nach in Aussicht genommen, auch zu Ostern in gleicher Weise zu verfahren und insbesondere denjenigen, die zum Osterfest ins Gebirge fahren wollen, einen Anreiz zu geben. Die Reichsbahn wird diesmal alle Maßnahmen treffen, damit eine schnelle und reibungslose Abwicklung im Fahrkartenverkauf vor sich gehen kann.

Westdeutscher Siedlungstag.

Vom 26. bis 27. Februar veranstaltet die Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster unter Leitung von Prof. Dr. Brud einen „Westdeutschen Siedlungstag“. Die Tagung dient der Herausstellung klarer Ziele und der Herausarbeitung zweckmäßiger Wege im Siedlungswesen der Gegenwart. Die Einzelprobleme werden von bekannten deutschen Fachleuten behandelt. Es werden u. a. sprechen o. Prof. Dr. Brud über „An der Wende des Wohnungsbaus und Siedlungswesens“, o. Prof. Dr. Lehmann-Garleben: „Siedlungsprobleme der antiken Großstädte“, o. Prof. Dr. Wessmann, Technische Hochschule Dresden: „Das Problem der künftigen Städtevermehrung und der künftige Siedlungsbau“, o. Prof. Dr. Ing. Bietzlein, Technische Hochschule Hannover: „Landesplanung im Dienste des Siedlungsge-

banens“. Regierungspräsident Saassen, Reichskommissar für die vorläufige Siedlung, Rechtsanwalt Dr. Hilpp, Substitut der Vereinigten Städtewerke: „Die Zurückführung der Siedlungs- und Stadtentwicklung zur ländlichen Siedlung“, o. Prof. Knipping, Technische Hochschule Darmstadt, Leiter der Stadtratsbildung und Ministerialdirektor Dr. Ballert vom Reichsministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten: „Arbeitslosigkeit und ländliche Siedlung“. Anmeldungen und Programme bei der Forschungsstelle des Siedlungs- und Wohnungswesens an der Universität Münster i. W., Friedrich-Ebertplatz 2, 3. Etage.

Regelung der Mineralwasserpreise.

Im „Reichsanzeiger“ wird eine Verordnung des Preiskommissars veröffentlicht, die für Heilwasser, Tafelwasser und künstliche Mineralwasser sowie Solwasser im Kleinhandel folgende Spannen festlegt: in Apotheken und Ladengeschäften darf die Bruttoverkaufspreisklasse 4% Pwennig je Flasche nur übersteigen, wenn ein 30prozentiger Zuschlag zum Einkaufspreis eine höhere Summe ergibt. Bei Heilwasser ist der Höchstzuschlag 38 Prozent. In Gaststätten und Trinkhallen darf die Bruttoverkaufspreisklasse 12 Pwennig je Flasche nur übersteigen, wenn ein 88prozentiger Zuschlag zum Einkaufspreis eine höhere Summe ergibt. In Gaststätten mit höherem Aufwand wird eine besondere Bruttoverkaufspreisklasse festgelegt, und zwar bei einem Einkaufspreis von 10 bis 13 Pwennig, bei einem Einkaufspreis von 14 bis 19 Pwennig, bei einem Einkaufspreis von 20 bis 21 Pwennig, bei höheren Einkaufspreisen beträgt der Höchstzuschlag 120 Prozent. Für Ladengeschäfte und Apotheken werden Preisverzeichnisse vorgeschrieben.

Heute:
Stadttheater: 1945. Gabriel Schillings
Flucht
Kammerspiele: Geschlossen

Eine Lebensfrage
Der Millionär in der Heranbildung einer endemischen Pflanze in den Millionenländern. Dem unter 1000 Millionen Seiden wirken nur 150000 kabbolische Wesen. Wäre es nicht in unserer Todesstunde ein Tritt ohne Gleichen, wenn wir einem armen Knaben aus der Mitte der Heubehälter zum Besten der Welt verhelfen könnten? Man kann an diesem edlen Werke teilnehmen durch Uebernahme einer Pateenschaft (400.- RM.), durch Entsendung einer Bote (20.- RM.) und durch jede noch so kleine Gabe. Alle Spenden werden entgegen das Beste des Besten vom H. Veritas. Wagen.
Postfachkonto Köln 64776
Kein Geld in arbeitslose Briefe legen

Krumpe
Münster i. W.
Schulstraße 23.
Versichert alles.
Vorkriegspreisen.

Pug!
Lichtvolle erste
Veröffentlichung
1. Pug entzückt u. brillant
1. Pug 1932. Einmal
Welterarbeit wird mit
übernommen.
Off. am H. 329 an W.
Maalenlein & Wöner.
Münster, Salzk. 33a.

Hörapparat
„Overhage“
für jede
Laute, für jeden
Grad der
Schwerhörig-
keit,
für jeden
Goldbeutel.
Preis von 36.- RM. an
Vorführung unverbind-
lich in besonderen Räu-
men oder in Ihrer
Wohnung.
Verlangen Sie unsonst
und postfrei Liste 093.

Optische Anstalt
„Overhage“
Münster i. W.,
Prinzpalmarkt 3.

LH Christenhusz
Ladeneinrichtungen
VERLANGEN SIE
VERTRIEBEN
UKOSTENANKLAG
UNVERBUNDLICH
Münster i. W.
Goldstr. 1-3

Zur Königin der Gastgeberinnen
durch **GUS Tafel-Silber-Bestände**
massiv Silber • rostfreie Stahlklingen.
100 gr. Silberaufsätze (50.3 Gramm) für
78 teil. Besteck-Garnitur m. Sonderprobe von Mk. 188.- an
Carl Mertens-Solingen
Zählgeräteeinrichtungen-Muster unverbindlich-Katalog Nr. 116 kostenlos

Bei Schmerzen
Kopfschmerzen, Migräne,
Rheuma- u. Nervenschmerzen,
Muskel- und Zahnschmerzen
sowie Grippe sofort nur
HERBIN-STODIN
Tabletten oder Kapseln,
welche bei guter Bekanntheit
lichkeit unübertroffen sind.
Fragen Sie Ihren Arzt
in den Apotheken erhältlich zu
RM. 0,60, RM. 1,03, RM. 1,70, RM. 1,75.
Best.: Dimeth. ac. phenyl. phen. Lith.
Proben kostenlos d. H. O. Albert Weber,
Fabrik pharm. Präparate, Magdeburg.

**Chondrochondria für
kath. Kreise**
ist das reell bekannt
Dr. Fortuna
Münster • Stube. Reim-
münster Str. 35. Tel. 41805.
Dormund
Bienenbienen 134
Inhaber: H. Trippel.
Damen, Händelnd. wim.
Einbräuter, Finanz-
und Beamtenreisen.
Verkauf, auch Sonnt.

Zu Vorkriegspreisen
kaufen Sie heute wieder die
Betten
gute und Wäsche-Ausstattung
bei **Polthaus**
Muster und Preise
unverbindlich.

